



Gerold Reichenbach, MdB

© Corinna van den Brink

20.04.2016: BKA-Gesetz: Verfassungsgericht bestätigt SPD-Kritik

Heute erging das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen BKA-Gesetz und deren Ermittlungsbefugnissen zur Terrorismusbekämpfung. Darin stellt das Gericht fest, dass die Ermittlungsbefugnisse teilweise verfassungswidrig sind, weil sie unter anderem sehr weit in die Privatsphäre eingreifen und dann nicht verhältnismäßig sind. So fehlen Vorschriften im Hinblick auf Transparenz, individuellen Rechtsschutz und Kontrolle.

„Das Bundesverfassungsgericht hat die Bedenken beim BKA-Gesetz bestätigt. Die Ermittlungsbefugnisse des BKA sind zu weit und zu ungenau formuliert. Die bereits von uns in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft aufgestellte Forderung, dass Ermittlungsmaßnahmen, die

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin
Tel. +49 30 227 72150
Fax: +49 30 227 76156
Mail:
gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:
<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:
Eva Kallweit

V.i.S.d.P.:
Gerold Reichenbach, MdB

29.04.2016: Bürgerschaftliches Engagement in der Entwicklungshilfe leicht gemacht mit „Engagement Global“

Wie können Kommunen und Unternehmen auf faire Beschaffung umstellen? Wo kann mein Kind einen Schüleraustausch im globalen Süden machen? Und wie kann ich mich selbst haupt- oder ehrenamtlich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren? – All diese Fragen beantwortet jetzt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Engagement Global gGmbH, die Bildungsangebote und Angebote zur Förderung und Unterstützung von entwicklungspolitischen Engagement des BMZ bündelt.

„Gerade in Zeiten, in denen Flucht und Migration Themen sind, die die Bürgerinnen und Bürger vordringlich beschäftigen, ist es wichtig, dass mit Initiativen wie dieser auf der einen Seite mehr Wissen und Verständnis für die Lage in den Herkunftsländern geschaffen werden. Auf der anderen Seite bildet Engagement Global eine Anlaufstelle, die Kommunen, Schulen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen über entwicklungspolitische Engagementmöglichkeiten informiert“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach, in dessen Wahlkreis Groß-Gerau vom BMZ geförderte Projekte ebenfalls umgesetzt werden konnten.

So hat der Verein Groß-Gerau-Masatepe/Nicaragua bereits im Rahmen des Freiwilligendienstes weltweit Ehrenamtliche nach Nicaragua entsandt, die sich dort ein Jahr lang in einem sozialen Projekt engagieren. Der MSAADA Groß-Gerau e.V. hat mit Hilfe eines privaten Trägers dafür gesorgt, dass eine Krankenstation der MSAADA Health Care Dispensary in Mwabungu in Kenia erweitert wird und CompWare Medical GmbH aus Gernsheim bringt mit Hilfe des DevelPPP Programms den Drogenersatzstoff Methadon nach Indien, Malaysia und Nepal, um Drogenabhängigen in diesen Ländern zu helfen. „Ich freue mich, dass das Engagement im Kreis Groß-Gerau für die Entwicklungshilfe so vielfältig ist und hoffe sehr, dass diesen Beispielen noch viele weitere folgen werden“, so der Sozialdemokrat abschließend.

Nähere Informationen zu Engagement Global gibt es unter www.engagement-global.de oder in direktem Kontakt über das kostenfreie Infotelefon unter 0800 188 7 188 oder per Email: info@engagement-global.de.

28.04.2016: Persönliche Erklärung nach §31 der Geschäftsordnung des Bundestages zur Ablehnung der Oppositionsanträge zu Fracking

Erklärung nach §31 GO BT des Abgeordneten Gerold Reichenbach zum Entwurf eines Gesetzes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung des Bundesberggesetzes zur Untersagung der Fracking-Technik (Drucksachen 18/7551, 18/8125) sowie dem Antrag der Fraktion Die Linke „Verbot von Fracking in Deutschland“ (Drucksachen 18/4810, 18/8113); TOP 30a und 30b der Plenarsitzung des Deutschen Bundesta-

mit erheblichen Grundrechtseingriffen verbunden sind, auf unabhängiger, wissenschaftlicher Grundlage und ergebnisoffen evaluiert werden sollten. Diese Auffassung hat das Bundesverfassungsgericht nunmehr mit seinem Urteil bestätigt.

Unsere Sorge darüber, dass das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei unzulässig aufgeweicht werden könnte, wird durch das Urteil des höchsten Verfassungsorgans gestützt. Es stellt in seinem Urteil fest, dass die Übermittlungsbefugnisse an die Dienste, wie Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst oder BND in ihrem Umfang verfassungswidrig sind. Das gleiche gilt für die mangelnde Kontrolle durch die Bundesdatenschutzbeauftragte. Bislang hatte die Bundesregierung dieser den Zugang teilweise verwehrt. Erst nach Intervention durch die SPD-Fraktion hat die Bundesregierung ihre Rechtsposition geändert. Das Urteil des Verfassungsgerichts macht deutlich, dass darüber hinaus – wie von der SPD gefordert – eine rechtliche Klarstellung ihrer Kontrollbefugnisse notwendig ist.

Auch wenn Datenschutz seitens des Koalitionspartners zuweilen als nachrangig bezeichnet wird, so zeigt das Urteil des Verfassungsgerichts, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Grundrecht auf digitale Intimsphäre nicht wegzu-denken sind. Wir müssen in der Koalition auf der Grundlage dieses Urteil nun zügig und im Sinne der Grundrechte nachbessern."

14.04.2016: EU-Datenschutzreform muss jetzt wirken

Heute stimmte das Europapar-

ges zur Änderung des Bundesberggesetzes zur Untersagung der Fracking-Technik (Drucksachen 18/7551, 18/8125) sowie dem Antrag der Fraktion Die Linke „Verbot von Fracking in Deutschland“ (Drucksachen 18/4810, 18/8113); TOP 30a und 30b der Plenarsitzung des Deutschen Bundestages am 28.04.2016

"Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang." Diese Festlegung aus dem Koalitionsvertrag im Kapitel zum Thema Fracking ist für mich Maßstab für das Handeln in der Großen Koalition.

Wir wollen ein Gesetz, das die Umweltstandards für die bereits vorhandene Erdgasförderung verschärft. Wir wollen klare Regelungen und Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, für Behörden und für Unternehmen schaffen. Nach heutigen Informationen ist Fracking von Schiefer- und Kohleflözgas nicht verantwortbar. Die Risiken für Mensch und Umwelt überwiegen die potentiellen wirtschaftlichen Chancen. Um Wissenslücken zu schließen, halten wir in diesem Bereich allenfalls Erprobungsmaßnahmen in eng begrenztem Rahmen und unter strenger wissenschaftlicher und umweltfachlicher Aufsicht mit dem Zweck für zulässig, die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Umwelt, insbesondere den Untergrund und den Wasserhaushalt, wissenschaftlich zu erforschen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass sich nur gemeinsam mit den Bundesländern Akzeptanz für solche Erprobungsmaßnahmen gewinnen lässt. Deshalb streben wir gemäß des Koalitionsvertrags eine Beteiligung der Länder im Rahmen möglicher Probebohrungen an.

Selbstverständlich ist für mich, dass beim Umgang mit Fracking am Ende der Deutsche Bundestag die Entscheidung treffen muss. Eine Expertenkommission kann das demokratisch-legitimierte Organ Deutscher Bundestag zwar beraten, aber keinesfalls ersetzen. Aus den wissenschaftlichen Zwecken darf keine Öffnung für kommerzielle Nutzung durch die Hintertür erfolgen.

Derzeit halten sich die Erdgasfirmen an ein faktisches Moratorium, in der Erwartung eines Gesetzes mit neuen gesetzlichen Regelungen. Das gibt auf Dauer keine Rechtssicherheit und gefährdet Arbeitsplätze in der seit über 50 Jahren in Deutschland praktizierten, herkömmlichen Erdgasförderung.

Ein undifferenziertes Verbot, wie von Grünen und Linken gefordert, konnte sich auch im Bundesrat nicht durchsetzen, obwohl Grüne und auch Linke an zahlreichen Landesregierungen beteiligt sind. Auch in den Ländern, in denen sie Verantwortung tragen wurde bislang nirgends ein generelles Förderverbot für bereits vorhandene Fördermethoden ausgesprochen.

Aus hessischer Sicht ist es zudem besonders unglaublich, wenn gleichzeitig die grüne Hessische Umweltministerin in Nordhessen die Verpressung von Millionen Tonnen grundwassergefährdender Abwässer aus der Kaliproduktion in den Untergrund legalisiert.

Die Große Koalition hat auf Grundlage von Gesetzentwürfen aus dem Bundesumweltministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium bereits zahlreiche Verbesserungen vereinbaren können. Ich setze nunmehr auf die Einigungsfähigkeit innerhalb der Großen Koalition und erwarte vom Koalitionspartner, das Regelungspaket zügig mit uns zusammen umzusetzen.

Würde es nicht verabschiedet, bestünde die Gefahr, dass die derzeit auf Eis liegenden Anträge der Unternehmen neu gestellt werden. Einen Schutz gibt es dann allein in Wasserschutzgebieten in den Kernzonen, nicht aber den notwendigen weitergehenden Schutz der Oberflächengewässer oder auch des Wassers für Lebensmittel und

lament dem im Trilog ausgehandelten Entwurf einer Datenschutz-Grundverordnung zu. Damit wird ab 2018 ein einheitliches europäisches Datenschutzrecht gelten. Ein langwieriger Kraftakt findet nun endlich einen guten Abschluss.

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass das parlamentarische Verfahren auf europäischer Ebene zu diesem langwierigen Kraftakt heute nun endlich einen positiven Abschluss findet. Europa hat nach Ablauf der Übergangsfrist von 2018 an ein einheitliches und hohes Datenschutzniveau, auf das wir mit Recht stolz sein können. Es wurde ein tragfähiger Kompromiss geschlossen, der den Nutzern die Hoheit über ihre persönlichen Daten zurück-gibt und nicht nur Verbrauchern mehr Rechte einräumt, sondern gleich-zeitig auch den Wettbewerb stärkt und Rechtssicherheit gibt.

Nun kommt es darauf an, dass wir die Spielräume, die uns die Verordnung durch Ausnahmen auf nationaler Ebene eröffnet, auch nutzen, um das hohe Datenschutzniveau erhalten zu können. So müssen wir nun endlich dem Koalitionsvertrag nachkommen und unter anderem im Bereich der Beschäftigtendaten ein hohes Datenschutzniveau verankern und hierfür konkrete Regeln schaffen. Nach vier Jahren zähem Verhandeln und vielen Versuchen der Wirtschaftslobby, den Schutz der persönlichen Daten aufzuweichen, gelang es, ein gutes Regelwerk für einen europaweiten Datenschutz zu schaffen, das den Schutz der personenbezogenen Daten in den Vordergrund stellt. Es wird der europäischen Wirtschaft nicht nur gegenüber den außereuropäischen Konkurrenten Chancengleichheit schaffen, sondern auch

Mineralquellen.

Zudem wollen wir mit dem Gesetz eine Beweislastumkehr bei Bergschäden aufgrund von Erdbeben einführen, die durch konventionelle Erdgasförderung hervorgerufen werden. Angesichts dieser ernsthaften Herausforderungen ist es von Grünen und Linken kein parlamentarisch seriöses Verhalten, eine Abstimmung zu diesem Thema ohne Debatte zu beantragen. Ein solcher, allein taktisch motivierter Winkelzug, wird der Problematik nicht gerecht. Auch aus diesem Grund lehne ich diese Anträge ab.

Sehen Sie hier auch die [Rede von Lars Klingbeil](#), in der er die Ablehnung der Oppositionsanträge zum Thema Fracking begründet.

Sicherheitskonferenz der SPD-Fraktion

Angst und Unsicherheiten haben in der Bevölkerung zugenommen. Was kann man dagegen tun? Die SPD-Fraktion diskutierte dazu am Mittwoch mit Vertretern von Polizei, THW, Feuerwehren und Sicherheitsexperten. Es ist ein Paradoxon: Obwohl Deutschlands Kriminalstatistiken zeigen, dass das Land immer sicherer wird, steigt das Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Und das, obwohl die Zahl der Gewaltdelikte objektiv gesunken ist. Mit diesem scheinbaren Widerspruch eröffnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann eine große Konferenz seiner Fraktion zur öffentlichen Sicherheit in Deutschland. Geladen waren rund 300 Angehörige der Polizeien, des Technischen Hilfswerks, der Feuerwehren und Hilfsorganisationen.

Die Garantie für öffentliche Sicherheit ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein gesellschaftliches Kernthema. Öffentliche Sicherheit reicht dabei von der Prävention bis zur Strafverfolgung, von der Katastrophenvorsorge bis zur Hilfeleistung im akuten Notfall. Auf der Sicherheitskonferenz ging es also um die Fragen: Wie lässt sich Unsicherheiten und Ängsten in der Bevölkerung entgegenwirken? Wie kann man jeden einzelnen besser vor Kriminalität, Gewalt und deren Ursachen schützen?

Oppermann lobte die Arbeit der Sicherheitsbehörden und ging auch auf den Wechsel an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes ein. Das Kanzleramt hatte am Morgen verkündet, dass der bisherige Chef Gerhard Schindler abgelöst werde und der Posten ab Juli von Bruno Kahl, bis dato Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium, übernommen werden soll. Oppermann: "Der Wechsel an der Spitze kann eine Chance für den Neuanfang nach Snowden (ein Whistleblower) sein. Voraussetzung ist, dass das Kanzleramt ab sofort mit voller Kraft die notwendigen Reformen der Nachrichtendienste unterstützt. Der personelle Neuanfang muss auch ein inhaltlicher Neuanfang werden." Auch der BND sei für die innere Sicherheit zuständig, wenngleich er ein Auslandsgeheimdienst ist.

Drei Gründe gibt es laut Oppermann für das gesunkene Sicherheitsgefühl der Menschen: die steigende Zahl rechtsextremer Übergriffe, die Furcht vor Alltagskriminalität wie Einbruch und die Angst vor Terroranschlägen.

Oppermann unterschied die Motivationen verschiedener terroristischer Gruppierungen. Während es die RAF auf Repräsentanten des ihr verhassten Staates absah, ging es al Qaida um Angriffe auf Symbole. Die Attacke auf Charlie Hebdo galt demnach der Pressefreiheit, wohingegen die Anschläge in Paris und Brüssel es auf den Alltag der Menschen anlegten. Der Fraktionsvorsitzende betonte, dass die Koalition bereits wichtige Schritte nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo unternommen habe, etwa die Strafbarkeit von Reisen in Terrorcamps oder den Personalausweisentzug bei Terrorverdächtigen. Oppermann: "Das zeigt, wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Wir

erhebliche Innovationsimpulse geben."

„Ebblewoi“ in Berlin

Neben den ernstesten und wichtigsten politischen Themen und Terminen in der vergangenen Sitzungswoche, hatten wir am Mittwochabend etwas zu feiern. Bereits zum siebten Mal lud die SPD-Landesgruppe Hessen, der Verbund aller hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten, gemeinsam mit dem SPD-Landesverband Hessen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft sowie Kultur und Medien zum sogenannten Apfelweinanstich in die hessische Landesvertretung in Berlin ein. Als Ehrengast durften wir in diesem Jahr die neue Generalsekretärin der SPD Katarina Barley begrüßen. Außerdem waren rund 350 Gäste aus Berlin und Hessen gekommen um Hessen und seine kulinarischen Köstlichkeiten gebührend zu feiern und den gemeinsamen Austausch zwischen Land und Bund zu fördern. In geselliger und familiärer Atmosphäre hatten Bundestagsabgeordnete, hessische Landtagsabgeordnete, zahl-reiche Vertreter der kommunalen Familie aus Hessen, sowie hochrangige Vertreter der hessischen Wirtschaft und der Gewerkschaften, Zeit und Muße sich abseits von Sitzungen auszu-tauschen. Es war ein rundum gelungener Abend, der von den vier Frauen der Jazz-Marchingband „Brass-appeal“ musikalisch begleitet wurde. Das „Stöffche“, wie der Apfelwein in Südhessen genannt wird, stand natürlich im Mittelpunkt des Abends. Er wurde nicht nur traditionell süß oder sauer gespritzt aus dem „Bembel“ und dem „Gerippten“ ausgeschenkt und getrunken, sondern dieses Jahr in allerlei neuen Varianten zum Beispiel mit Himbeer- oder Birnengeschmack aus der Glasflasche, genossen.

müssen aber weiterhin einen kühlen Kopf bewahren."

Im Anschluss diskutierten geladene Gäste in zwei Panels. Die erste Talkrunde moderierte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Eva Högl mit dem Fokus auf dem Thema Sicherheit.

Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, warnte: "Wir müssen deutlich mehr in Sachen Terrorismusbekämpfung machen. Wir brauchen ein Mehr an internationalen Strategien, Standards und Koordination. Deutschland muss über den lokalen Bereich hinwegsehen." Oliver Malchow von der Polizeigewerkschaft ergänzte: „Wir haben in den Kernbereichen der Kriminalität einen Abbau an Personal oder zumindest keinen Ausgleich von Personal. Die Probleme haben nichts mit Terror oder Flüchtlingen zu tun, sondern sind noch oben drauf gekommen.“ Rita Haverkamp von der Uni Tübingen sagte: „Im Wohnungseinbruch müssen wir mehr wissen um die Aufklärungsquote zu steigern. Wir wissen oft nicht: Was sind das für Menschen die solche Straftaten begehen? Die Polizei ist der Akteur für Kriminalprävention“. Bernd Palenda, Abteilungsleiter Verfassungsschutz in der Berliner Innenbehörde, stellte klar: „Neben der polizeilichen Arbeit muss auch eine schnelle und funktionierende Justiz gewährleistet werden – auf Tat folgt Strafe. Die Justiz darf in Deutschland nicht ausgegrenzt werden.“ Palenda erklärte, worauf es beim Verfassungsschutz ankommt: „Aufklären und Handeln ist der Hauptzweck des Verfassungsschutzes. Demokratie ist kein Geschenk, sie ist harte Arbeit. Notwendig ist eine aktive Politik. Sie dient dem Funktionieren des Verfassungsschutzes.“

Auch die darauffolgende Gesprächsrunde war hochkarätig besetzt. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin Christine Lambrecht leitete die Diskussion zum Thema Handlungsfelder für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

Ralf Jäger (SPD), Nordrhein-Westfälischer Innenminister, machte darauf aufmerksam, dass „die Trennung zwischen Zivilschutz im Verteidigungsfall und Katastrophenschutz im Katastrophenfall überholt“ sei. Gerd Friedsam, Vizepräsident des Technischen Hilfswerkes, mahnte: „Explosionen, Überschwemmungen – für diese Szenarien sind wir gewappnet. Durch Cybergefahren können jedoch auch wichtige Infrastrukturen, wie die Bereitstellung von Trinkwasser oder Strom, ausfallen.“ Volkmar Schön, Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes, bestätigte: „Ausbaufähig ist die Durchführbarkeit von zivilem Katastrophenschutz.“ Rolf-Erich Rehm, Kreisbrandmeister Deutscher Feuerwehrverband, meint: „Cyberattacken werden zunehmend Thema im Hinblick auf die Leitstellen.“ Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz machte positiv deutlich: „Wir haben in den letzten Jahren viel gelernt und ein gutes Netz für den Katastrophenschutz aufgebaut.“

Burkhard Lischka, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hielt das Schlusswort. Er machte deutlich, dass die Politik vor Herausforderungen stehe, "die sich am Anfang der Legislaturperiode so noch gar nicht abgezeichnet haben." Für Lischka ist ganz klar: „Sicherheits- und Polizeibehörden müssen so ausgestattet werden, personell und technisch, dass sie ihre Arbeit vernünftig machen können. Der Anti-Terror-Kampf ist eine Aufgabe gut ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten, aber nicht jeder, der eine Waffe in der Hand halten kann, eignet sich auch für den Anti-Terror-Kampf.“

Zwingend ist für Lischka, dass die Politik sich Gedanken machen muss, "wie wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden des Bundes und der Länder und auch international verbessern."